



Europa und die Rechte

Nationalismus – ob er sich patriotisch, nationalkonservativ oder völkisch nennt – ist zentrales ideologiestiftendes Element der extremen Rechten und ein »starkes Deutschland« damit spektrenübergreifend politisches Ziel. Doch wie verhält es sich mit Europa? In ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Europäischen Union (EU) ist sich die extrem rechte Publizistik einig. Doch was sind ihre geopolitischen Konzepte und welche Rolle wird Deutschland darin zugeordnet?

Hinsichtlich der Idee von Europa ist der Fokus extrem rechter Publikationen stark auf den Nationalstaat gerichtet. Sehr präsent ist hierbei das Konzept eines »Europas der Vaterländer« und damit die Idee der Zusammenarbeit europäischer Nationalstaaten. Mit reaktionärer Stoßrichtung geht es darum, die durch vermeintliche Gefahren von außen bedrohten und daher unbedingt zu verteidigenden Kulturen, Traditionen und Werte des »alten Europa« beziehungsweise des »christlichen Abendlandes« zu verteidigen. So besteht Einigkeit, die Außengrenzen schützen und Europa abschotten zu wollen – in erster Linie gegen Zuwanderung und »den Islam«. Ob dieser angestrebte europäische Machtblock als Gegenpol zum »angloamerikanischen Imperialismus« verstanden und sich dabei verstärkt positiv auf Russland und andere osteuropäische Staaten beziehen soll, oder ob er sich in alter antikommunistischer Tradition sogar gegen Russland richtet, wird unterschiedlich beantwortet. Entsprechend unterschei-

det sich auch die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Während sich ein kleiner Teil der untersuchten Publikationen klar zu wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA bekennt, stehen bei anderen gerade die transatlantischen Waren- und Fiskalflüsse in der Kritik, bei gleichzeitiger Forderung einer Öffnung nach Russland.

In der vorliegenden Ausgabe von *magazine* haben wir die rechten Europakonzepte und -politiken acht unterschiedlicher extrem rechter Periodika genauer untersucht und Unterschiede, Parallelen oder auch die nicht ausbleibenden Widersprüche herausgearbeitet. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der europäischen Vernetzung – denn diese ist nicht nur für die politischen Akteur*innen der extremen Rechten, sondern auch auf publizistischer Ebene von Bedeutung und lässt sich hier an Berichterstattung, Autor*innen und Interviewpartner*innen ablesen.

Die **Sezession** als neurechtes Theorieorgan beschäftigte sich 2018 in einer Schwerpunktausgabe mit dem Titel »Nation und Europa« mit verschiedenen Europakonzeptionen, Aspekten europäischer Geschichte (1. Weltkrieg, Saarland) sowie der Migration nach Europa. (86/2018) Konzeptionell ist es einmal mehr Stammautor Benedikt Kaiser, der seine bereits 2016 an gleicher Stelle formulierten Überlegungen noch einmal darlegt. Schon damals, kurz nach dem Brexit-Votum, monierte Kaiser die Zersplitterung der europäischen Rechten und den Mangel an Visionen für ein rechtes Europa. Eine europäische Vision, so Kaiser, sei jedoch notwendig, denn der Nationalstaat allein biete heute »weder Schutz vor den Failed states an den Grenzen Europas, noch Sicherheit vor den Verwerfungen des Weltmarktes, noch kann ein einzelner Nationalstaat in Europa die Digitalisierung beherrschen oder weitreichende infrastrukturelle, politische oder wirtschaftliche Gegenmodelle zu China oder den USA aufbauen«. (86/2018) Historische rechte Europakonzeptionen der 1930er Jahre, die auf der Suche waren nach einem dritten Weg zwischen »Bolschewismus« und »Amerikanismus« gelte es heute mit einem »zeitgemäßem Antikapitalismus und Antiimperialismus« zu aktualisieren. Der zu schaffende europäische Mythos müsse dabei zukunftsgerichtet sein, denn eine für alle europäischen Nationen »akzeptable Geschichtsschreibung« sei schlicht unmöglich.

»Nationale Leidenschaften, [...] etwa in Ostmitteleuropa und Südosteuropa«, müssten zugunsten der europäischen Idee gezügelt werden. »Gesucht wird: die konservative Revolution europäischer Dimension.« Was genau das einigende Moment sein könnte, bleibt wie so oft allerdings vage: »Dieser Mythos könnte beispielsweise durch gemeinsame Kämpfe gegen ein »Außen« oder die Bewußtseinsentwicklung durch manifeste Krisenerlebnisse entstehen.«

Eberhard Straub formuliert im selben Schwerpunktheft analoge Gedanken und bedient dabei klassisch neurechte Narrative (Aufklärung vs. Altes Europa, Deutschland und Europa als Schuldgemeinschaft). Straub beklagt, dass der geistige Gedanke Europas, der vor dem 20. Jahrhundert so selbstverständlich gewesen sei »wie der Baum grün ist«, in den letzten hundert Jahren insbesondere durch den Einfluss des Westens verloren gegangen sei und heute nur noch als »Schuldgemeinschaft« existiere. Mit Blick auf den 1. Weltkrieg schafft Straub eine ganz eigene Geschichtsschreibung, die ihm schließlich als Erklärungsansatz dafür dient, warum es heute an europäischen Visionen mangle. Der Westen sei »im Großen Krieg nach 1914 als polemisch-ideologische Waffe gegen Deutschland eingesetzt worden«. Schlagartig hätten sich so »sämtliche verbindlichen Übereinkünfte über den guten Geschmack, über Kultur, Recht und Krieg« aufgelöst. Deutschland und seine Verbündeten seien als »Feinde und Kriegsverbrecher kriminalisiert« worden, was Streitereien über Kriegsschuld und mögliche Vergehen erneut Tür und Tor geöffnet habe. Heute seien die

»europäischen Wurzeln« verdorrt, stattdessen dominiere die »Anrufung« der Aufklärung. Das heute in Europa vorherrschende Versprechen der Erfüllung materieller Bedürfnisse (statt geistiger Vision) könne die entstandenen Begehrlichkeiten jedoch kaum befriedigen, wobei sich Straub mit Kaiser einig sein dürfte.

Als wohl »kontroverseste These« wird die »Europäische Frage von rechts« von Philip Stein, Gründer des Jungeuropa-Verlags, Burschenschafter und Aktivist der Neuen Rechten, in der **Arcadi** bezeichnet. (4/2018) Es brauche neue »Europakonzeptionen von rechts«. Das Magazin, das vor allem das identitäre Spektrum sowie die AfD-Jugend anspricht, hat einen ausgeprägten europäischen Fokus. So formuliert etwa Franz Rheinberger in der Erstausgabe, es »muss entgegen eventueller historischer Skepsis ein gemeinsames Europa unser Ziel sein. Denn Europa kann nur vereint überleben, schließlich wird es auch gemeinsam untergehen. Kurzum: Europa ist unser Schicksal.« (1/2017) Dabei ist die »triple appartenance«-Vorstellung der Identitären grundlegend, ein »Europa der Völker« mit regionaler, nationaler und europäischer Identität, jenseits eines »Europas der Vaterländer«. Damit geraten wie bereits bei Kaiser in der Sezession auch rechte Staatsoberhäupter wie Orban für ihren Fokus auf nationalstaatliches Handeln in die Kritik der Arcadi. Der EU wird eine verfehlte Migrations- und Wirtschaftspolitik sowie die Aufweichung nationaler und regionaler Identität vorgeworfen. Dem wird eine »neue, jugendliche pro-europäische Haltung« entgegengesetzt,

wenn z.B. über Jordan Bardella, den 23-jährigen Spitzenkandidaten des französischen Rassemblement National (ehemals Front National) berichtet wird. (2/2019) Geopolitisch müsse man sich gegen die Großmächte Russ-

land, China und die USA behaupten. Zudem brauche es einen gemeinsamen Grenzschutz gegen die Migration nach Europa. Nils Wegner, der auch für die Sezession schreibt, spricht von einem »Verbund freier Nationen in einem freien europäischen Reich«. (3/2019) Unklar bleibt, auf welcher politischen Legitimation ein »identitäres Europa« agiert. Eine mögliche Variante bietet die Buchbesprechung von Wolfgang Bendels Text »Aristokratie. Eine Streitschrift«, in der festgestellt wird, »wie mutig der Jungeuropa-Verlag agiert und hier die Demokratie zur Diskussion stellt«. (4/2018) Der Autor stelle demnach die Aristokratie als Gegenmodell zur Demokratie auf und hofft, elitär, wie sich die sogenannte Neue Rechte auch sonst versteht, auf eine »Herrschaft der Besten«.

In der nationalkonservativen Wochenzeitung **Junge Freiheit (JF)** wird in unzähligen Artikeln eine angeblich chaotische, Deutschland gefährdende Zuwanderungs- und Asylpolitik beklagt. Europa habe daran Schuld und Deutschland versage, anstatt sich zu behaupten und die Grenzen zu schützen. Während dieses Narrativ von allen extrem rechten Periodika geteilt wird, gibt es in der JF auch einige Artikel, die weit über die Kritik an der jetzigen »Merkel-Regierung« und der Brüsseler Politik hinaus weisen, indem sie geopolitisch, kulturell und historisch argumentieren.

„Als wohl »kontroverseste These« wird die »Europäische Frage von rechts« von Philip Stein, Gründer des Jungeuropa-Verlags, Burschenschafter und Aktivist der Neuen Rechten, in der Arcadi bezeichnet.“

Europakonzeptionen werden von einem durchgängig nationalistischen Standpunkt aus entwickelt. JF-Stammautor Thorsten Hinz sieht es als gesetzt, dass Deutschland als in der Mitte Europas gelegenes Land eine Führungsnation des europäischen Großraumes sein müsse. (8/2019) Es brauche ein Bewusstsein für die Raumhoheit, ohne dass dabei nationalstaatliche Besonderheiten und ein gemeinsames Verständnis von Europa als Schicksalsgemeinschaft verloren gingen. Sich auf Carl Schmitts Großraumtheorie Ende der 1930er Jahre beziehend sieht Hinz die Gefahr, dass die Klein- und Mittelstaaten zwischen den großen Imperialismen (USA vs. Sowjetunion/Russland) zerrieben würden. Ein Großraum solle Schutz bieten, der »die Selbständigkeit der »staatlich organi-

sierten Völker« bestehen läßt und ihre Freiheit und Individualität sichert, indem er sie vor dem Übergriff raumfremder Mächte – wozu auch die Migrationsbewegungen gehören – schützt«. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei dieses Konzept jedoch in Frage gestellt worden, und zu allem Unglück habe das wiedervereinigte Deutschland sich in vorauseilendem Gehorsam nach Europa orientiert, aber nicht um die ihm zugeborene Vormachtstellung einzunehmen, sondern um möglichst viel Verantwortung abzugeben und eben keine Macht auszuüben: »Was von Deutschland in den Großraum hineinstrahlt, sind blanke Machtangst und der Wunsch, sich aufzulösen.« Hinz' Fazit fällt pessimistisch aus: »Auf allen Überlegungen scheint damit ein »Umsonst« und »Zu

Extrem rechte Europakonzepte

Die Ablehnung der EU wird mittlerweile von allen europäischen extrem rechten Milieus geteilt. Die Vorstellungen, was dem entgegengesetzten sei, unterscheiden sich jedoch und sind oft nicht genauer umrissen.

Der Begriff **Europa der Vaterländer**, einst von dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle geprägt, findet sich sowohl in neonazistischen Kreisen, etwa Teilen der NPD, als auch in der AfD-Programmatik. Die NPD plädiert auf ihrer Homepage für eine »multipolare Weltordnung der freien Entfaltung souveräner Völker«, eine stärkere Kooperation mit Ländern wie Frankreich, Russland und China sowie eine Ablösung der transatlantischen Beziehungen zur USA. Auch für die AfD steht der Begriff für die Stärkung nationaler Kompetenzen und die Begrenzung Europas auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Kennzeichnend für das »Europa der Vaterländer« ist, dass zwar auf supranationale Zusammenarbeit gesetzt wird, die nationale Souveränität hierbei jedoch unangetastet bleibt. Die Vorstellung einer **Nation Europa** lässt sich insbesondere in der sogenannten Neuen Rechten finden und weist mit dem angelehnten Eurofaschismus und der sogenannten Konservativen Revolution eine jahrzehntelange Ideengeschichte auf. Eurofaschistische Ideen propagieren einen »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der soziale und nationale Elemente verbindet. Verbunden mit der Idee einer »Nation Europa« ist die Feststellung, dass der Nationalstaat den Herausforderungen in einer globalisierten Welt alleine nicht mehr gewachsen ist. Die Frage, welche Aufgaben einer »Nation Europa« zu übernehmen seien, findet jedoch keine einheitliche Antwort. Neben den Ebenen Nation und Europa spielen hier auch die Regionen eine zentrale Rolle, sowohl mit Blick auf die Wirtschaft als auch auf die Identität, die eben nicht nur national ausgerichtet sei, sondern auch eine regionale und eine europäische Komponente habe. Entsprechende Vorstellungen wurden in jüngster Zeit vor allem durch die Identitären verbreitet. **Der neoeurasische Ansatz**, maßgeblich geprägt von dem russischen Faschisten Alexander Dugin, hat einen Machtblock Eurasien als Ziel, der sich von Süd- und Mitteleuropa bis nach Russland erstreckt und Russland dabei eine führende Rolle zuerkennt. Dugin ist mit der europäischen extremen Rechten eng vernetzt und weist gleichzeitig eine gewisse Nähe zum Kreml auf. Sein tatsächlicher Einfluss auf die russische Regierungspolitik und Präsident Putin ist allerdings umstritten. Auch das in Teilen der deutschen extremen Rechten recht populäre Konzept eines starken Deutschland innerhalb von Eurasien richtet sich maßgeblich gegen die USA.

Extrem rechte Europakonzepte sind keineswegs nur ein Phänomen der jüngsten Geschichte. Bereits in der Zwischenkriegszeit spielten Vorstellungen einer Föderation der europäischen Nationalstaaten in einigen extrem rechten Milieus eine bedeutende Rolle. Entsprechende Ideengeber, etwa der französische Schriftsteller Pierre Drieu la Rochelle, werden heute von jungen Akteuren der Neuen Rechten in Deutschland aufgegriffen und popularisiert. Drieu plädierte vor allem in den 1930er Jahren für eine Kollaboration mit Deutschland. Die nach dem 1. Weltkrieg entstandene Paneuropa-Bewegung, die für einen europäischen Föderalismus eintrat, sah er als Möglichkeit, den Nationalismus wiederzubeleben und gleichzeitig eine europäische Supermacht gegen die Interessen der Sowjetunion und der USA zu bilden. Auch nach 1945 etablierten sich extrem rechte europäische Sammlungsbewegungen, etwa die Europäische-Soziale Bewegung (ESB, 1951), die ihre Rolle in der »Verteidigung der abendländischen Kultur gegen die kommunistische Gefahr« sah oder die aus der ESB hervorgegangene Europäische Neuordnung (ENO, 1951). Diese und weitere Organisationen verbreiteten ihre Europa-Ideen über europaweite extrem rechte Netzwerke, länderübergreifende Konferenzen und diverse Publikationen. Die 1951 gegründete Zeitschrift *Nation Europa* war über Jahrzehnte hinweg eines der zentralen deutschen Publikationsorgane für Strategiedebatten und Vernetzung der extremen Rechten. Ihr gelang es, den europäischen Gedanken mit nationalistischen Ideen zu verbinden und gleichzeitig verschiedene extrem rechte Spektren anzusprechen.

Weiterführende Literatur: Fabian Virchow: Europa als Projektionsfläche, Handlungsraum und Konfliktfeld. Die extreme Rechte als europäische Akteurin?, in: Gudrun Hentges, Kristina Nottbohm, Hans-Wolfgang Platzer (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog, Wiesbaden 2017, S. 149-167; Sven Olof Steinart: »Nation Europa«, Eurofaschismus 1945-1970, Lich 2015; Volkmar Wölk: Zur Renaissance der europäischen Konservativen Revolution, Berlin 2015 (online auf rosalux.de); Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017 (insbesondere zur historischen Entwicklung und Bezugnahme auf den Begriff des Abendlandes).



spät!« zu lasten. Selbst wenn es gelänge, die europäischen Länder zu einem wirkungsmächtigen Großraum zusammenzuführen, würden sich Zentrifugalkräfte ganz anderer Art regen. Ein gemeinsamer politischer Raum benötigt ein bestimmtes Maß an Kohärenz, die sich aus historischen, kulturellen und ähnlichen Gemeinsamkeiten ergibt. Durch die Zuwanderung wird Europa jedoch zunehmend fragmentiert und tribalisiert, und neue Bruchlinien tun sich auf. Außerdem verliert Europa, das im Westen sukzessive von außereuropäischen Kulturen besiedelt und geprägt wird, seine Substanz und seinen Sinn. Da Brüssel diesen Prozeß eher beschleunigt als verlangsamt, müssen Optionen jenseits der EU in Erwägung gezogen werden.«

In **N.S. Heute**, einem Hochglanzmagazin von und für die militante Neonaziszene, sind EU-Kritik sowie Europavorstellungen von Antisemitismus und biologistischem Rassismus, völkischer Ideologie, Geschichtsrevisionismus sowie Verschwörungsideologien und Anti-Amerikanismus durchzogen. Eine Bedrohung der »weißen Völker« Europas stellen wahlweise der Islam, Sinti*zze und Rom*nja, die USA, China oder andere »Drahtzieher einer »New World Order« dar. Dem gegenüber werden »die europäischen Völker als Lebenskampfgemeinschaft« (10/2018) begriffen und in »totaler Feindschaft zu dem lebens- und völkerfeindlichen Konstrukt der Europäischen Union« (9/2018) gesehen. Der Gastautor und Holocaustleugner Axel Schlimper träumt von einem »Ethnostaat Europa«, »einer staatlichen Ordnungsmacht, welche den Bestand der weißen Rasse garantiert«, »ausschließlich von weißen Menschen bewohnt«, mit »geschlossenen Grenzen« und ohne den »Verderbnissen der Demokratie«. (6/2017) Wie weitreichend ein solcher »Ethnostaat Europa« sein soll, wird nicht klar. Es wäre »ein geostrategischer Verbund denkbar, welcher über die Mittelgebirgslagen Deutschlands, Österreichs, der Slowakei und Ungarns bis in die Ukraine hineinreicht«, so Schlimper. Es könnte auch eine »Kontinentalmacht unter maßgeblich deutscher Beteiligung, wenn nicht gar deutscher Führung« sein. Sascha Krolzig, Herausgeber der N.S. Heute, betont, dass es sich bei seiner Vorstellung von einem »Europa der Vaterländer« um »souveräne Volksstaaten« handelt, »die sich gegenseitig ihre Freiheit und politische Unabhängigkeit garantieren und die sich nicht in die Gestaltung der innerstaatlichen Verhältnisse anderer Länder einmischen«. (7/2017) Ein weiterer Autor, der sich auf dieses Konzept bezieht ist Arnulf Brahm, Verfasser eines Buches über den »drohenden Völkermord an den Weißen in Südafrika«. Mehrfach schreibt Brahm in der N.S. Heute zum Thema und plädiert für einen »Volksstaat« innerhalb eines »Europa der Vaterländer«. (3/2017) Dieser mache »das Volk [...] zum Mittelpunkt seiner Handlungen«, im Gegensatz zum Nationalstaat, welcher den »Staat als Mittelpunkt« betrachtet und damit scheinbar das »Recht hat sich über das Volk zu stellen«. Es solle »keine einseitige Bindung an einen bereits großen und mächtigen Staat« geben, eine »möglichst autarke Wirtschaft« und Aufrüstung werden als notwendig erachtet. (5/2017) Referenzen auf die nationalsozialistische »Volkstumspolitik« werden deutlich, wenn es weiter heißt: »Deutschland endet nicht an künstlichen Staatsgrenzen«, sondern »dort, wo kein deutsches Wort mehr zu vernehmen ist, wo es keine deutschen Schulen mehr gibt. Die Grenze unseres Staates ist dort, wo die Volkstumsgrenze eine echte Grenze zieht.«

Wirtschaftsfragen und die Politik der EU - Deutschland und Europa im Verhältnis

Eigene Europakonzepte sind im Monatsmagazin **Compact**, das seit März 2020 nun auch vom Verfassungsschutz als »rechtsextremer Verdachtsfall« gehandelt wird, nicht zu finden. Wie auch bei anderen Themen kommen die Beiträge vielfach mit Schlagworten aus, die inhaltlich nicht gefüllt werden. So forderte bereits das Titelblatt der Juni-Ausgabe 2016 »Raus aus der EU! Für ein Europa der Vaterländer«. Was unter einem solchen zu verstehen sei, wurde jedoch nicht erläutert. Gelegentlich werden auch Begriffe wie »Abendland« oder »abendländische Werte« phrasenhaft verwendet. Das entspricht dem für Compact typischen Stil, dem es vor allem um das Schüren (zumeist negativer) Emotionen geht und



keineswegs um die Ausarbeitung einer stringenten politischen Theorie oder Agenda. Lediglich beim Thema Religion wird es konkret. So plädiert Ex-Kommunist und Chefredakteur Jürgen Elsässer für das »Christentum als Staatsreligion« in Europa. (6/2016) Auf der Ebene der Realpolitik wird ausschließlich Ablehnung an der Europäischen Union geäußert. Dabei reicht die Kritik von der Bildungspolitik im Zuge der Bologna-Reform über die Migrationspolitik der letzten Jahre bis hin zur Finanzpolitik der Europäischen Zentralbank. In den gemeinsamen europäischen Institutionen sieht das Magazin, das nicht umsonst seit 2013 den Untertitel »Magazin für Souveränität« im Namen trägt, vor allem eine Beschneidung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Die

Ablehnung der EU und ihrer Gremien drückt man in gewohnt maßlosem Ton aus. So ist etwa von »Junkers Putschtruppen«, einer »EU-Diktatur« oder gar einer »EUdSSR« die Rede. (6/2016) Gleichzeitig finden sich in Compact Reportagen und Interviews zu allen relevanten Rechtsaußen-Parteien Europas. In den letzten beiden Jahren richtete man das Augenmerk unter anderem auf Politiker wie Matteo Salvini und dessen Partei Lega in Italien, den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban oder Nigel Farage und seine Brexit-Partei. Inhaltlich geht es auch hier kaum in die Tiefe. Die genannten Politiker werden als starke männliche Macher-Typen dargestellt und als vermeintlich volksnahe Gegenspieler einer laut Compact illegitimen EU-Elite aufgebaut. Insgesamt stellen die Positionen, die das Magazin zum Thema Europa vertritt, absolut keine Besonderheit innerhalb der rechten Presselandschaft dar.



Houshond in Brussel | CC BY 2.0 flickr.com/photos/160866091 @NO7/482820332

Einzig im Bereich der Verschwörungsideologien dürfte Elsässers Blatt wieder einmal deutlich weiter gehen als andere Periodika. So werden nicht nur etwaige demokratische Defizite bei der Wahl der Europäischen Kommission kritisiert, sondern es wird direkt nahe gelegt, dass ein Großteil der EU-Politik tatsächlich von geheimen Zirkeln wie etwa den Bilderbergern gesteuert wird. (9/2019)

Auch das Monatsmagazin **Zuerst!**, das 2009 aus der Zeitschrift Nation Europa hervorgegangen ist, tritt für einen starken Nationalstaat ein und sieht die »nationale Souveränität« insbesondere Deutschlands, letztlich aber auch der anderen europäischen Staaten durch die EU bedroht. Zumindest zwischen den Zeilen lässt sich die Idee von einem »Europa der Vaterländer« erkennen. Nicht

nur hinsichtlich der europäischen Asylpolitik, auch wirtschafts- und finanzpolitisch sei Deutschland innerhalb der EU am meisten benachteiligt. In Bezug auf die EU-Beitragszahlungen sowie die Transferleistungen in weniger wohlhabende EU-Länder und die Euro-Rettungspakete gilt Deutschland für Norman Hanert als der »ewige Zahlmeister«. (4/2018) Hanert befürchtet eine »Teilentmachtung des Bundestages«, so dass »[n]icht mehr die nationalen Parlamente [...] künftig über milliarden schwere Rettungspakete für Euro-Länder abstimmen, sondern Gremien, die EU-Recht unterliegen«. Somit bestehe die Gefahr, dass »Deutschland [...] in der Rolle des Hauptzahlmeisters gefangen bleibt und in Brüssel, in Straßburg und auf EU-Gipfeltreffen immer öfter überstimmt wird«. Der französische Ideengeber der Neuen Rechten, Alain de Benoist, vertritt in einem Interview die These, nicht nur Deutschland sondern schlichtweg ganz Europa sei als »besetzte[s] Gebiet« zu betrachten. (3/2019) Die Nationalstaaten seien ihrer »politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sogar militärischen Souveränität nach und nach beraubt« worden. Dabei seien es heute »die Finanzmärkte, die ihre Entscheidungen auferlegen« mit »Amerika [als] der Hauptvektor des kapitalistischen Systems«. In diese Richtung stößt auch Falk Tiedemann in seinem Artikel »Machtgier der Eurokraten«. (5/2019) Demnach versuche »die EU nicht nur, die USA als Avantgarde des Freihandels zu beerben, sondern sie verbindet dies mit einer forcierten Entmachtung der Mitgliedsstaaten«. Die EU erweise sich seiner Meinung nach als »Sachverwalter von Konzerninteressen, hinter denen nicht nur die Bedürfnisse der Verbraucher, sondern auch Demokratie und Souveränität zurückstehen müssen«.

Die **Recherche D** widmet sich als selbsternannte »Denkfabrik für Wirtschaftskultur« europäischen Fragestellungen in erster Linie aus wirtschaftlicher Perspektive. Texte und Interviews streifen ganz unterschiedliche Themen, etwa den Handelsstreit zwischen der EU und der USA, die Hochschulpolitik (Bologna-Reform), den Euro, die Steuer-Politik sowie den Brexit. Unter der Überschrift »Agenda 2030« werden in Ausgabe 4 und 8 jeweils zentrale Forderungen von Recherche D, die auch in einzelnen Artikeln immer wieder durchscheinen, stichpunktartig skizziert. Mit Blick auf die Europapolitik werden etwa einheitliche Steuersätze in den EU-Ländern gefordert, da derzeit vor allem der deutsche Steuerzahler zur Kasse gebeten werde. Ein Grundproblem des Euro sei es, dass einige ärmere Länder Europas über ihre Verhältnisse lebten, da sie die fiskalischen Risiken externalisieren könnten. (2/2018) Nicht immer explizit, doch immer wieder implizit betont Recherche D die angebliche Benachteiligung deutscher und mitunter nordeuropäischer Interessen gegenüber dem europäischen Süden. So moniert Florian Müller mit Blick auf die Hochschulreform eine »krankhafte Gleichmacherei. Ziel war die große Europäisierung. Mobilität und Arbeiten im Ausland war und ist der Stern der Globalisten und Europäer.« (2/2018) Mit Bologna sei ein europäischer »Einheitsakademiker« geschaffen worden, was dazu geführt habe, dass sich das deutsche Hochschulniveau qualitativ dem europäischen angepasst habe, und zwar nach unten. Mehrfach wird in Recherche D ein europäisches Großprojekt gefordert, so heißt es programmatisch in der Rubrik Fundament: »Europa muß mit historischer Inspiration (z.B. Hanse) die eigene Unabhängigkeit zurückgewinnen und sich



Großprojekte ohne jahrzehntelange Machbarkeitsstudien zutrauen.« (8/2020) Donald Greiner plädiert dafür, im Handelsstreit mit den USA Zölle auf US-amerikanische Waffen zu erheben. (2/2018) Dies treffe nicht nur die Wirtschaft der USA hart, auch die deutsche Rüstungsindustrie würde davon profitieren. In verschiedenen Beiträgen wird deutlich, dass Recherche D auf die Stärkung regionaler und nationaler Wirtschaftsstrukturen setzt, statt des US-amerikanischen Wirtschaftsmodells des »Globalkapitalismus«, das zur Monopolisierung neige. So führt Lothar W. Pawliczak aus, dass es in Europa eine lange Tradition sowohl regionaler als auch nationaler wirtschaftskultureller Vielfalt und Spezialisierungen gäbe, etwa die deutsche Automobilindustrie oder die italienische Mode und Architektur. (4/2019) Diese Vielfalt gelte es zu stärken. Weil sich Recherche D immer wieder positiv auf regionale Ansätze bezieht, werden das Blatt und Herausgeber Felix Menzel von Benedikt Kaiser in der Sezession auch als Vertreter eines »Europa der Regionen« eingeordnet. (86/2018) Nicht zuletzt in Interviews, etwa mit dem AfD-Politiker Gunnar Beck (MdEP), wird die Perspektive der Recherche D auf Europa bzw. die EU deutlich. Beck plädiert für eine Abschaffung der EU und eine Reduktion auf einen gemeinsamen Binnenmarkt. (4/2019) Alternativ wären auch zwei Staatenverbände denkbar, ein nord- und ein südeuropäischer. Die Ultima Ratio, so Beck, sei eine Rückkehr zum Nationalstaat.

Extrem rechte Netzwerke und der sehnsuchtsvolle Blick nach Osten

Bis zum verpassten Wiedereinzug der NPD bei der EU-Wahl 2019 war die Berichterstattung zu Europa in der NPD-Parteizeitung **Deutsche Stimme (DS)** in erster Linie von der politischen Arbeit ihres einzigen Abgeordneten Udo Voigt, Beiträgen über die europäischen rechten Kleinstparteien und der Arbeit der Stiftung Europa Terra Nostra (ETN) geprägt. Neben Berichten über Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung wurden Publikationen, etwa von Voigt, besprochen, in denen sich inhaltlich mit der Frage beschäftigt wird, wie die extreme Rechte auf dem europapolitischen Feld agieren könne. Für die NPD ist die Vernetzung mit anderen europäischen Gruppierungen der extremen Rechten seit jeher ein wichtiger Punkt ihrer politischen Arbeit. Ihre Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) veranstaltet in aller Regelmäßigkeit einen Europakongress, der ganz im Zeichen des »Europas der Vaterländer« steht. Trotz der Ablehnung der EU nahm die NPD an fast jeder EU-Wahl (erfolglos) teil. Mit dem Einzug ihres ehemaligen Vorsitzenden Udo Voigt im Jahr 2014 in das Europäische Parlament forcierte die Partei unter Ausnutzung der neuen finanziellen Möglichkeiten neben ihrer Europapolitik auch die Vernetzung der extremen Rechten in Europa. Die Gründung der Stiftung Europa Terra Nostra 2015 geht maßgeblich auf die NPD zurück und wird nicht nur personell, sondern auch inhaltlich weitestgehend von ihr getragen. In einem Interview mit Udo Voigt zu

„Die Junge Freiheit ließ das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland kontrovers diskutieren – und gibt sich damit nicht so Putin-verliebt wie andere Teile der extremen Rechten.“

dessen Buch »Einer für Deutschland – Als Europaabgeordneter in Strassburg und Brüssel« bekräftigt dieser nicht nur die bisherige Europapolitik seiner Partei unter dem Stichwort »Europa der Vaterländer«, sondern aktualisiert auch die Orientierung nach Russland. (2/2018) Sich scharf gegen die »Anti-Rußland-Sanktionen« wendend, plädiert Voigt für Russland als »starken Partner, damit Europa sich gegen die auf Alleinherrschaft abzielenden Bedrohungen der imperialistischen USA auflehnen« könne. Aber auch das »christliche Abendland« bleibt für Voigt eine wesentliche Grundlage seines Europabildes. Diese beiden Linien, Ostorientierung und »christliches Abendland«, werden auch von dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Sascha Roßmüller vertreten und in zwei Büchern konkretisiert. In dem Buch »Geopolitische Zeitenwende« (2019), das von ETN herausgegeben wurde, setzt Roßmüller mit gewissen Einschränkungen auf die neoeurasische Perspektive: »Der eurasische Doppelkontinent kann durchaus eine geopolitische Komponente darstellen, insbesondere gegen transatlantische Anmaßung. Allerdings sollte man sie vorwiegend als Kooperation zweier geopolitischer Räume mit einer eigenen leitkulturellen Raumhoheit verstehen.« Mit dem Verlust des Mandats von Udo Voigt 2019 hat nicht nur die Berichterstattung zu Europa, sondern auch die Aktivität der Stiftung Europa Terra Nostra merklich nachgelassen.

Der Chefredakteur der **Zuerst!**, Manuel Ochsenreiter, verfügt über beste Kontakte nach Russland und zu prorussischen Separatisten in der Ukraine. Diese werden auch durch das Deutsche Zentrum für eurasische Studien gestärkt, zu dessen Gründungsmitgliedern neben Ochsenreiter auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Manuel Frohnmeier gehört. Ochsenreiter war zwischenzeitlich als Mitarbeiter für Frohnmeier tätig. Nachdem Anfang 2019 ein Verfahren wegen des Verdachts der Anstiftung und Finanzierung eines Brandanschlags in der Ukraine gegen Ochsenreiter eröffnet worden war, fand die Mitarbeit ein Ende. Als ideologischer Ideengeber fungiert in der Zuerst! vor allem Alexander Dugin. Auch wenn sich die Zuerst! nicht klar positioniert, ist Dugins politischer Kurs im Magazin deutlich zu erkennen. Die Ukraine-Politik Russlands wird geradezu euphorisch begleitet, gleichzeitig werden die EU-Sanktionen gegen Russland scharf verurteilt. Alexander Dugin ist nicht nur Interviewpartner, sondern schreibt auch als Gastautor. Darüber hinaus werden seine Bücher im Bonus-Verlag verlegt, der zum publizistischen Netzwerk von Zuerst!-Herausgeber Dietmar Munier gehört. In seinem Artikel »Putins Liebe zu Deutschland« bezeich-

net Dugin »eine Vereinigung oder zumindest eine Allianz zwischen Rußland und der Ukraine [als] eine unabdingbare Voraussetzung für den Aufstieg Rußlands zu einer neuen, unabhängigen, eurasischen Macht« und leitet daraus die These ab: »Aus

diesem Grund verfolgten die Atlantiker konsequent das Ziel, die Ukraine gegen Rußland aufzuwiegeln. Dies war der geopolitische Hintergrund der Krise.« (10/2019) Darüber hinaus übt Dugin allerdings auch Kritik an Putin, der nicht konsequent genug russische Interessen vertreten habe, weil er sich mit der Krim habe zufrieden

stellen lassen und somit »nur einen Teil der Ostukraine für Rußland [...] retten« konnte. »In diesem Punkt kritisieren die patriotischen, eurasisch gesinnten Kräfte Rußlands Putin sehr heftig, denn nach der Rückkehr der Krim zum Mutterland hätte unbedingt die Befreiung der ganzen Ostukraine erfolgen müssen, die ein Teil der russischen Welt ist.« Europa befände sich laut Dugin »im Würgegriff einer globalistischen Elite, die liberal, postmodern und antirealistisch ist und einen Kampf bis aufs Messer gegen die Souveränität der Nationen führt«.

Auch in der Vorstellung verschiedener **Compact**-Autoren kommt den osteuropäischen Ländern eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung »abendländischer Werte« zu. Hier will man ein Bollwerk gegen Migration und Islam gefunden haben und beschreibt die Region als letzten Ort mit einer angeblich angestammten unverfälschten europäischen Kultur. So schreibt Chefredakteur Elsässer: »Im Osten des Kontinents hat sich ein stabiler Block von Staaten gebildet, die die Islamisierung strikt ablehnen. [...] Wichtig ist, dass diese abendländische Koalition ziemlich unterschiedlicher Staaten und Regionen zusammenfindet und sich die Patrioten grenzüberschreitend Mut machen. Ein gutes Verhältnis zu Russland, dem »dritten Rom« als Schutzmacht der Christen, würde den neuen Warschauer Pakt noch stärker machen. Und wenn dann die marode EU an ihrer ganzen Planlosigkeit zerbricht, stehen die Chancen für eine Reconquista des Alten Kontinents gut. Im Osten geht die Sonne auf!« (1/2018) Dass Elsässer in der von ihm angestrebten europäischen Ordnung Russland eine Schlüsselrolle zu spricht, kann kaum verwundern. Seit vielen Jahren ist Compact für seine Putin-freundlichen Positionen bekannt. Doch nicht nur gegen den Islam begreift man Russland als starken Partner, sondern gerade auch im Kampf gegen den US-amerikanischen Einfluss, sowohl auf wirtschaftlicher als auch auf kultureller Ebene. Berichten über die Politik des russischen Präsidenten wurde wiederholt an prominenter Stelle Platz im Magazin geboten, in einer Sonderausgabe wurden gar Reden Putins nachgedruckt. Auch in Compact kommt Alexander Dugin häufig zu Wort, wobei dessen zentrale »Vierte politische Theorie«, wie so vieles in Compact, zwar erwähnt, aber letztlich nicht näher erläutert wird.

Die **Junge Freiheit** ließ das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland kontrovers diskutieren – und gibt sich damit nicht so Putin-verliebt wie andere Teile der extremen Rechten, zumal ein Eurasisches Konzept oder die »Theorien« Alexander Dugins keinen Widerhall finden. Bernd Posselt (CSU) sieht Russland gar als Feind von Europa, denn es versuche »mit Zuckerbrot und Peitsche, das heißt mit wirtschaftlichen Verlockungen und außenpolitischem Dominanzstreben, uns Europäer auseinanderzunehmen, wo immer es geht. Dies ist der Grund dafür, daß der Kreml in den verschiedensten europäischen Ländern die unterschiedlichsten Kräfte fördert, seien sie rechts oder links, religiös oder atheistisch, kapita-

listisch oder sozialistisch. Für Moskau zählt nur eines: Sie müssen antieuropäisch und nationalistisch sein. [...] Wer dies [Sanktionen gegen Russland] für eine aggressive Rußland-Politik des Westens hält und gleichzeitig die permanenten Rückfälle des Kreml in den Kalten und mancherorts auch in einen heißen Krieg – wie in Syrien und der Ukraine – verharmlost, beweist damit, daß er Realitäts-sinn und moralische Maßstäbe verloren hat.« (12/2018)

Auf der Gegenseite argumentiert Dr. Thomas Fasbender, der bis Anfang 2018 regelmäßig Kommentare für die JF schrieb, für ein



Brexit, Russland, »Kampf um Europa« - drei europapolitische Themen, die auch in rechten Periodika verhandelt werden. Titel von der Jungen Freiheit (2016), Compact (2016) und Zuerst! (2019).

pragmatisches Verhältnis zu Russland »ohne den schwammig-pubertären Humanismus«. Fasbender ist auch Mitglied des Deutsch-Russischen Forums und arbeitet für die vom Putin-Freund Wladimir Jakunin gegründeten Think Tank »Dialog der Zivilisationen« (DOC) in Berlin.

In dem Schwerpunktheft »Nation und Europa« (86/2018) der **Sezession** wird der Blick nach Osten ebenfalls deutlich, wobei hier weniger auf Russland, sondern vielmehr auf die Potenziale Osteuropas verwiesen wird. Der Beitrag des Wiener Stammautors und Identitäten-Freund Martin Lichtmesz, der sich inhaltlich zunächst an der Migration nach Europa abarbeitet, vereint viele identitäre Ideologeme und Begriffe. Aus rechter Sicht sei aufgrund der »Invasion« nach Europa eine gesamteuropäische Politik sinnlos, da der weiße Europäer schon bald in der Minderheit sei, so Lichtmesz. Hoffnung setzt Lichtmesz in die osteuropäischen Staaten, da diese aufgrund ihrer restriktiven Migrationspolitik zukünftig einen Ausgangspunkt für eine »gesamteuropäische Reconquista« bilden könnten. Bestätigung erfährt diese Sichtweise durch Götz Kubitschek, der im Editorial der Ausgabe festhält: »Unter den in diesem Heft vorgestellten Europa-Konzepten [...] ist das »Europa der Vaterländer« das unserem Kontinent angemessene, das Intermarium (inklusive seiner Visegrad-Keimzelle) mit Blick auf die heutige Lage und vor allem auf die zukünftige Entwicklung das wünschenswerte. Es ist das Konzept einer Sezession des Ostens vom Westen [...]. Die neuen Bundesländer gehören dabei in Mentalität, Alltags- und Wahlverhalten sowie historischem Bewußtsein zum Osten. Der europäische Osten besitzt Stoff genug für eine verbindende, große Erzählung - für das also, was ein Wir-Gefühl stiften und zwanzig Nationen überwölben könnte.«



Bisher erschienene Ausgaben:



Die extreme rechte Medienlandschaft ist ebenso vielseitig wie das politische System, das sie repräsentiert. Die neue spezialpublikation **magazine** nimmt rechte Periodika unter die Lupe, beleuchtet zentrale Diskurse und schafft damit eine Grundlage für die argumentative Auseinandersetzung. Die erste Ausgabe widmet sich dem Verhältnis der verschiedenen Printmedien zur AfD.

In den vergangenen Monaten haben extreme rechte Printmedien und Weblogs eine bisher ungekannte Aufmerksamkeit erfahren. Die Ergebnisse auf der Bundestagswahl 2017 sowie auf der Landtagswahl im März 2018 und um die Wahlkreisverteilung nachher sind wichtige und die öffentliche Aufmerksamkeit. Insbesondere die Schwärzung, eine aggressive, tendenziöse Berichterstattung, einen aggressiven, tendenziösen Umgang mit den rechten Seiten sowie die reaktionären Lager zu fördern, die nicht dem Selbstverständnis entsprechen, diese Seiten auf offener Webfläche und die öffentliche Aufmerksamkeit zu fördern. Diese Seiten sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.



In rechten Diskursen gibt es verschiedene Beiträge auf Religion. Religiöse Vorstellungen sind Teil des eigenen Bildes und in diesem System des extremen Rechts. Dies ist die Bedeutung unter der Lupe, beleuchtet rechte Diskurse und schafft damit eine Grundlage für die argumentative Auseinandersetzung.

Obwohl die Themen Religion auch in extrem rechten Diskursen vorkommen, ist die Auseinandersetzung mit Religion vor allem in der antifaschistischen Bewegung ein zentrales Thema. Die Bedeutung von Religion ist dabei vielfältig. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.



Nach fünf Jahren und 438 Verhandlungstagen endete im Juli 2018 der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München. Nicht nur die Ermittlungen, sondern die Palastromaneleitschüsse wurden durch (extrem) rechte Periodika kritisch kommentiert. Welche Narrative von NSU haben sie geschaffen? Die spezialpublikation **magazine** nimmt rechte Periodika unter die Lupe, beleuchtet rechte Diskurse und schafft damit eine Grundlage für die argumentative Auseinandersetzung.

Auch nach Prozessende und den mittlerweile vorliegenden Abschlussurteilen erheben parteipolitische Literatur-Ansprüche Fragen und sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.



Die rechte Ökologie ist ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Die rechte Ökologie ist ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.



30 Jahre nach dem Fall der Mauer steht Ostdeutschland erneut im medialen Fokus. Die Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Die rechte Ökologie ist ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.



Die (extrem) rechte ist männlich geprägt, männlich dominiert, männlich organisiert. Doch heute rechte Periodika fordern die Rolle der Männer in der Politik. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Die rechte Ökologie ist ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.



Die rechte Ökologie ist ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Die rechte Ökologie ist ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Diskurses.

Eine Publikation des antifaschistischen presserarchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e.V.

magazine no. 7, juli 2020
 Eine Publikation des apabiz e.V.
 Autor*innen: Kilian Behrens, Elli Diehl, Vera Henßler, Frank Metzger, Eike Sanders, Patrick Schwarz
 Titelbild: pixabay.com/de/users/moritz320-1260270/
 Vielen Dank an alle, die diese Publikation möglich gemacht haben.
 Lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin
 V.i.S.d.P.: C. Schulze
 ☎ 030.6116249 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

Jetzt apabiz-Unterstützer*in werden!

Diese Publikation wurde gefördert durch:

Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.

Das Landesprogramm

berlin Berlin

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung